

Bürgergesellschaft heißt Vertrauen in die Freiheit

Stefan Nährlich, Geschäftsführer von »Aktive Bürgerschaft«, im thinktank-Interview



Dr. Stefan Nährlich ist Mitautor des Buches »Corporate Citizenship in Deutschland. Bilanz und Perspektiven«

>thinktank: »Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung ist die Voraussetzung einer modernen Bürgergesellschaft«, schreiben Sie auf Ihrer Internetseite. Wie verhält sich dieses Selbstverständnis zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft?

<Stefan Nährlich: Zeitgemäß! Ludwig Erhard wollte alle am Wohlstand teilhaben lassen. Sein Konzept war Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich. Das funktionierte bekanntermaßen auch gut, jedenfalls im Rahmen einer nationalen Volkswirtschaft. Die Globalisierung und der dadurch verschärfte Wettbewerb lassen uns heute wieder erkennen, dass einmal erreichter Wohlstand auch wieder eingebüßt werden kann.

>thinktank: Glauben Sie, dass die Bürgergesellschaft eine neue Soziale Marktwirtschaft braucht?

<Stefan Nährlich: Ob man mit alten Schlagwörtern, denen man das Attribut »neu« voranstellt, weiterkommt, weiß ich nicht. Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftswunderjahre, Bonner Republik und Deutschland AG, das stand alles in einem Kontext, den es heute nicht mehr gibt. Man sieht ja auch schon, wie neue Begriffe wie Bürgergesellschaft, Wohlfahrtspluralismus, ermöglichender Staat, Corporate Citizenship oder Corporate Social Responsibility nicht nur in Deutschland an Aufmerksamkeit gewinnen, auch wenn sie vom Inhalt her häufig noch konturlos sind. Damit sie an

Kontur gewinnen, bedarf es aber auch eines gesellschaftlichen Diskurses.

>thinktank: Fehlt es der Bürgergesellschaft nicht auch an einer breiteren Infrastruktur?

<Stefan Nährlich: Ganz sicher. Wir haben zwar viel Engagement, aber oft fehlt es an der sogenannten engagementfördernden Infrastruktur, die das vielfältige, aber eben häufig auch spontane und zeitlich begrenzte Engagement mit gesellschaftlichem Bedarf in Übereinstimmung bringt und für Kontinuität und Schlagkraft sorgt.

>thinktank: Welche Organisationen können das sein?

<Stefan Nährlich: Bürgerstiftungen sind solche Organisationen. Auf die setzen wir große Hoffnungen und in deren positive Entwicklung investieren wir als Aktive Bürgerschaft einen Großteil unserer Ressourcen. Dass die Volksbanken und Raiffeisenbanken hierbei bundesweit ein wichtiger Förderer sind, ist nicht nur für die finanzielle Entwicklung der Bürgerstiftungen hilfreich, sondern dient für uns auch zur Festigung der programmatischen Ausrichtung der Bürgerstiftungen. So wie die Vorläufer der Volksbanken und Raiffeisenbanken als private Antwort auf Probleme der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden sind, so sehen wir die Bürgerstiftungen als privaten Beitrag für das Gemeinwohl im 21. Jahrhundert.

>thinktank: Was könnte eine Kooperation bürgerschaftlicher Organisationen untereinander oder mit den privaten Stiftungen bewirken?

<Stefan Nährlich: Wozu Kooperation, müsste man wohl fragen. Vernetzungen und Kooperationen sind ja entgegen landläufiger Annahmen kein Selbstzweck, sondern machen nur Sinn und rechtfertigen die eingesetzten Ressourcen, wenn dadurch etwas erreicht oder angeboten werden kann, was jede Organisation einzeln nicht geschafft hätte. Wenn also, um bei den Bürgerstiftungen zu bleiben, diese z.B. mit Schulen, örtlichen Unternehmen und Vereinen vor Ort zusammenarbeiten, um die Berufsperspektiven von Schulabgängern zu verbessern, ist Kooperation dafür notwendig und richtig. Man muss aber immer daran denken, dass die Pluralität von Werten, Zielen und Interessen ein wesentliches konstitutives Merkmal von Bürgergesellschaft ist.

>thinktank: Neuere Studien und Umfragen sprechen von einer dramatischen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise in Politik und Wirtschaft. Zu Recht?

<Stefan Nährlich: Das ist vielleicht gar nicht mehr die Frage, ob der Vertrauensmangel berechtigt ist. Er wird offenbar von sehr vielen Menschen so empfunden und jedes weitere schlechte Beispiel, ich nenne mal als Stichworte die hessische Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti und den Ex-Postchef Klaus Zumwinkel, werden anscheinend als weitere Bestätigung empfunden, dass Politikern und Managern nicht zu trauen ist. Frei nach dem Motto, es wird ja immer nur die Spitze des Eisberges bekannt. Das ist meiner Meinung nach brandgefährlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft, für den sozialen Frieden, für die Akzeptanz von Marktwirtschaft und Demokratie.

>thinktank: Wie sieht die ideale Partei im Sinne der Bürgergesellschaft aus?

»So wie die Vorläufer der Volksbanken und Raiffeisenbanken als private Antwort auf Probleme der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden sind, so sehen wir die Bürgerstiftungen als privaten Beitrag für das Gemeinwohl im 21. Jahrhundert.«

<Stefan Nährlich: Dem Ideal kommt wohl eine Partei am nächsten, die versteht und umsetzt, was der Satz im Artikel 21 des Grundgesetzes »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit« bedeutet. Er bedeutet nämlich nicht, dass die Parteien ein Monopol darauf haben, schon gar nicht in dem Zustand, in dem sie heute sind. Außerdem sollte eine für die Bürgergesellschaft ideale Partei die Erkenntnis besitzen, dass gemeinnützige Organisationen nicht dazu da sind, parteipolitische Programme umzusetzen.

>thinktank: Sollten wir Plebiszite und Durchlässigkeit im politischen System stärken?

<Stefan Nährlich: Ich meine grundsätzlich ja. Bei Plebisziten und auch bei Bürgerbeteiligungsverfahren muss man aber sicher aufpassen, dass hinterher der Frust nicht größer ist als vorher. Wenn wie jüngst in Berlin der Regierende Bürgermeister vor dem Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof erklärt, das Ergebnis hätte auf seine Entscheidung keinen Einfluss, und damit formell auch im Recht ist, dann gibt das dem Ganzen natürlich einen schalen Beigeschmack. Was die Durchlässigkeit des politischen Systems angeht, wäre ein Mehr an Durchlässigkeit sicher der politischen Kultur unseres Landes zuträglich, wobei ich jetzt nicht meine Lobbyisten in Ministerien arbeiten zu lassen. Es sind ja oft gerade die Nicht-Berufspolitiker, wie Bundespräsident Köhler, die eine besondere Glaubwürdigkeit beim Bürger genießen.

>thinktank: Was wäre demnach die beste parteipolitische Konstellation für die Bürgergesellschaft?

<Stefan Nährlich: Ich würde sagen »Schwarz-Grün« oder auch »Jamaika«, zumindest auf der programmatischen Ebene. Allen drei Parteien liegt ja, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, eine gewisse Staatsskepsis inne, soweit das die Funktionslogik von Parteien überhaupt zulässt. Hier die »Alternativen« aus den neuen sozialen Bewegungen der alten Bundesrepublik und die Ex-Aktivistinnen der DDR-Bürgerrechtsbewegung, die staatliches Handeln oft als Teil der hoheitlichen Eingriffsverwaltung erfahren haben, und dort die Konservativen und Liberalen, die häufig den Umfang staatlichen Handelns vor allem in Form der sozialen Leistungsverwaltung kritisch betrachten. Ganz anders die SPD, die traditionell und programmatisch im Staat die Lösung aller sozialen Probleme sieht und wenig Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Entscheidungsfreiheit des Individuums hat. Immerhin muss man aber der SPD zugestehen, dass sie sich aktiver am fachlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs zum Thema Bürgerengagement beteiligt als die anderen Parteien. Sie bleibt dabei aber häufig ihrer Tradition sehr treu.

>thinktank: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Magazin von berlinpolis



Titelthema

SOZIALER KAPITALISMUS

mit Beiträgen u.a. von Sigmar Gabriel, Prof. Norbert Walter, Richard Sennett, Hannes Koch

Im Interview: FDP-Generalsekretär Dirk Niebel /// Christa Thoben über Kreative Ökonomie ///

Andris Piebalgs über die europäische Haltung zum Thema Bioenergie